

Kandidatinnen und Kandidaten für den deutschen Bundestag besuchen Arbeitshilfeträger



Jan Frier, Judith Skudelyny (FDP), Marc Hentschke

Bürgerinnen und Bürger können sich selbst ein Bild machen, indem sie die Wahlprogramme lesen und / oder Entscheidungshilfelinstrumente der Diakonie wie www.sozial-o-mat.de/btw17/ oder den www.wahl-o-mat.de/bundestagswahl2017/ der Bundeszentrale für politische Bildung nutzen oder den persönlichen Kontakt zu den Kandidatinnen und Kandidaten suchen.

Es wurden Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien zu Einzelgesprächen eingeladen, die berechtigte Aussicht haben, in den Bundestag einzuziehen.

Die Themen und Anliegen benachteiligter und langzeitarbeitsloser Menschen wurden zur Sprache gebracht und mit den Politikern/-innen diskutiert. Herr Rabeneick hat unhaltbare politische Fehlsteuerungen, unter denen Langzeitarbeitslose leiden,



Marc Hentschke, Katrin Maag (CDU), Jan Frier



Jan Frier, Uli Rabeneick, Ute Vogt (SPD), Martin Tertelmann

Zu den Themen „fehlende Politikernähe und Politikverdrossenheit“ gibt es über alle Parteien hinweg wenig Ideen und Phantasie, wie man mit gesellschaftliche Randgruppen und Politikverdrossenen, die nicht mehr zur Wahl gehen, ins Gespräch kommen kann. Hier werden Formate, auch außerhalb des Wahlkampfes gesucht. Eine Idee, die aufkam war, Bürgersprechstunden nicht in den Büros der Bundestagsabgeordneten sondern niederschwellig bei Trägern

anhand von Einzelschicksalen deutlich gemacht. Immer wieder hat er betont, dass die Langzeitarbeitslosen nicht auf der Strecke bleiben dürfen. Wir haben herausgehört, dass das Wissen um die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit trotz guter Konjunktur von allen wahrgenommen wird. Wie die Parteien das Problem lösen und wie sie Langzeitarbeitslose unterstützen wollen, dafür gibt es unterschiedliche Ideen und Konzepte.



Marc Hentschke, Stefan Kaufmann (CDU), Jan Frier

oder an sozialen Brennpunkten abzuhalten. Dieser Ansatz fand bei vielen Zuspruch und wird nach der Wahl auch umgesetzt.

Bei den Gesprächen war auch Jan Frier als betroffener Langzeitarbeitsloser mit dabei. Das hat sich im Nachhinein als hilfreich erwiesen, denn es redet sich anders mit Betroffenen als über Betroffene. Zudem konnte Jan Frier authentisch und eindrucksvoll die Lebenswirklichkeit Langzeitarbeitsloser beschreiben. Lesen Sie seinen persönlichen Kommentar auf nachfolgender Seite.

Wer erfahren will, wie sich die Parteien zu Hartz IV und Langzeitarbeitslosigkeit positionieren, der findet auf der Homepage der alternativen Arbeitsmarktberichterstattung „O-Ton Arbeitsmarkt“ eine übersichtliche Zusammenstellung der Positionen aller Parteien und Links zu den Wahlprogrammen. Ebenfalls sehr lesenswert ein Aufsatz von Stefan Sell zum Thema „Arbeitsmarktpolitik in den Wahlprogrammen der Parteien, eine Bestandsaufnahme vor der Bundestagswahl 2017“.

www.o-ton-arbeitsmarkt.de



Ralf Ehring, Peter Schimke (Die Linke), Jan Frier



Berthold Gohs, Marc Hentschke, Dirk Spaniel und Wolfgang Röhl (AfD)



Martin Tertelmann, Michael Jantzer (SPD), Marc Hentschke

Mit weiteren Politikerinnen und Politikern, waren wir im Gespräch:



Anette Kramme,
SPD



Markus Grübel,
CDU



Martin Auerbach,
Die Linke



Regina Rapp,
SPD



Stephan Köthe,
AfD



Stephanie
Reinhold,
Bündnis 90/Die
Grünen



Heinrich Brinker,
Die Linke

„In der Politik geht es nicht um Einzelschicksale“

Jan Frier, hat die Politikergespräche begleitet. Hier sein Fazit und Erfahrungsbericht:



Gerade während des Wahlkampfes ist es nicht einfach, von Politikern eindeutige Aussagen zu erhalten, die über die Versprechen und Forderungen auf den Wahlplakaten hinausgehen.

So war es dann auch bei den Gesprächsrunden zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit, mit den Kandidatinnen und Kandidaten aus den Wahlkreisen in Stuttgart und Ludwigsburg.

Bei den etwa 1-stündigen Gesprächen fiel auf, dass das Thema Langzeitarbeitslosigkeit bei keiner Partei oberste Priorität hatte, mit Ausnahme der Linken, deren Kandidat Peter Schimke die Langzeitarbeitslosigkeit offensichtlich zu einem seiner Hauptthemen gemacht hatte. Seiner Meinung nach müsste es viel mehr staatliche Unternehmen geben. Für einen sozialen Arbeitsmarkt sollten an Unternehmen staatliche Zuschüsse gezahlt werden, um ggf. Erwerbsminderungen auszugleichen.

Ute Vogt von der SPD bedauerte, dass der Passiv-Aktiv-Tausch (PAT) bisher nicht auf Bundesebene im

Kabinett durchzusetzen war. Zudem stellte sie fest, dass das Thema Langzeitarbeitslosigkeit in der Öffentlichkeit nicht präsent ist. Zumindest auf regionaler Ebene könnte sie sich einen geschützten Arbeitsmarkt vorstellen, vorausgesetzt, die Wettbewerbsneutralität wird garantiert, ähnlich wie bei Behindertenwerkstätten.

Da es sich laut Judith Skudelyny von der FDP bei Langzeitarbeitslosen oft um Suchtkranke oder um Menschen mit Depressionen handelt, hielt sie es für wichtig, dass Vorgesetzte in Betrieben im Umgang mit Menschen geschult werden, damit deren Probleme rechtzeitig erkannt werden, bevor es zur Arbeitslosigkeit kommt. Bei bestehender Arbeitslosigkeit sind ihrer Meinung nach Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und ggf. Sanktionen der Jobcenter sinnvolle Mittel, um Betroffene wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen.

Der eher farblos wirkende Stefan Kaufmann von der CDU gab sich dankbar für Anregungen für mehr Bürgernähe bei der Aktivierung von Nichtwählern. Er brachte sein Bedau-

ern zum Ausdruck, dass der PAT sich auf Bundesebene nicht durchgesetzt hat.

Mit Interesse nahm er Gedanken zur Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes zur Kenntnis.

Seine Parteikollegin Karin Maag sah in der Stärkung der Unternehmen das beste Mittel, um Arbeitslosigkeit zu verhindern. Sie beklagte das mangelnde Interesse der langzeitarbeitslosen Nichtwähler an der Politik und forderte mehr Eigeninitiative bei der Beschaffung von Informationen über die Ziele der CDU. Eine ihrer markantesten Aussagen während des Gespräches war: „Bei der Politik geht es nicht um Einzelschicksale“.

Persönliches Fazit:

Frau Maags Aussage trifft das Problem auf den Punkt: Langzeitarbeitslosigkeit betrifft eine Vielzahl von Einzelschicksalen, um die sich die Politik nicht kümmern kann oder will.

Keiner der Gesprächsteilnehmer zeigte Interesse daran, die Situation schnell zu ändern, zum Beispiel durch Erhöhung der Zuschüsse für Sozialunternehmen, um ihnen zu ermöglichen, einen geschützten Arbeitsmarkt zu schaffen.

Das bedingungslose Grundeinkommen wurde von allen Beteiligten abgelehnt, obwohl sich dadurch für die Betroffenen und den Arbeitsmarkt vollkommen neue Möglichkeiten eröffnen würden.

Es bleibt mir wohl auch bei dieser Bundestagswahl nichts anderes übrig, als wieder einmal nach dem Prinzip des kleineren Übels zu wählen. ●